

**BASELBIETER**
**FREISINN**
**Wir machen die Schweiz stark!**

## Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde

**Editorial von Monica Gschwind**


Monica Gschwind

Vor 150 Jahren wurden die Schulpflicht und das Recht auf unentgeltlichen, «ausreichenden» Primarunterricht in der Bundesverfassung verankert.

Das war vor allem ein symbolischer Akt: Zuständig für das Bildungswesen waren nämlich damals wie heute die Kantone, und mit Ausnahme von Uri verfügten 1874 alle bereits über eigene Schulgesetze oder -ordnungen.

Der noch junge Kanton Basel-Landschaft gab sich bereits zwei Jahre nach seiner Gründung ein «Gesetz über die Organisation des Schulwesens». Darin wurden alle Erziehungsberechtigten und Arbeitgebenden dazu verpflichtet, Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren täglich für fünf Stunden in die öffentliche Schule zu schicken oder ihnen Privatunterricht erteilen zu lassen.

Zwischen der vagen Forderung nach «ausreichendem Primarunterricht» im ausgehenden 19. Jahrhundert und den seit 2011 von Bund und Kantonen formulierten nationalen Bildungszielen liegen gefühlte Welten. Beide gehen jedoch auf die urliberale Überzeugung zurück, dass eine gut ausgebildete, zur Selbstverantwortung befähigte Bevölkerung die Basis für Innovation und eine nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ist. Und beiden liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Grundkompetenzen in Lesen, Schreiben und Rechnen dafür ausschlaggebend sind.

Die Anforderungen an das Individuum – und damit an das Bildungswesen, welches diesem gerecht werden muss – sind seit 1874 exponentiell gestiegen. Somit hat sich auch das Verständnis von Grundkompetenzen präzisiert und um digitale Fähigkeiten erweitert. Im Kanton Basel-Landschaft läuft zu deren Stärkung seit 2022 das Programm «Zukunft Volksschule». Zudem wurde an den Schulen aller Stufen ein pädagogischer ICT-Support (PICTS) eingeführt, welcher die Digitalisierung in der Bildung chancenorientiert und verantwortungsbewusst vorantreibt.

Ich bin überzeugt, dass wir unter anderem mit diesen Massnahmen gut vorbereitet sind auf die Herausforderungen der kommenden – vielleicht nicht ganz 150 – Jahre. Aber selbstverständlich arbeite ich zusammen mit den Fachleuten aus meiner Direktion und allen Anspruchsgruppen natürlich weiter an zukunftsweisenden Ideen. Herzlichen Dank, dass ich dafür auf Ihre Unterstützung zählen darf.

**Monica Gschwind, Regierungsrätin des Kantons Basel-Landschaft und Vorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion**  
 Foto: Pino Covino

### «Politfuchs» Melchior Buchs ...

... als Nachfolger von Ferdinand Pulver

Seite 3

### BVG-Reform

Versprechen zur besseren Beruflichen Vorsorge einlösen

Seite 4 bis 5

### Gemeinden stärken!

Wie wir das Subsidiaritätsprinzip hochhalten und Regulierung begrenzen.

Seite 6

### Risiko Unterversorgung

Kein staatlich verordneter Ärztemangel im Baselbiet.

Seite 7

### Retten wir gemeinsam unsere Kantonsfinanzen

Kostensenkungs-Initiative

Seite 8



## FDP am Puls der Zeit

Bildungsdebatte, Wahlsiege,  
politische Weichenstellungen

### Inhalt dieser Ausgabe:

FDP Kanton Baselland	3–8
FDP International	9
Bildung	10–13
Libérale Gleichstellungspolitik	14–20
Der Souverän sind wir	21
Biodiversitätsinitiative	22
Kolumne: Andri Silberschmidt	23

#### Liebe Freisinnige

Dieser Tage bereitet es mir besondere Freude, ein Freisinniger zu sein! Erstens hat unser Bildungspapier mit den 17 Forderungen ein gewaltiges Echo ausgelöst und endlich die notwendigen Diskussionen zu den Fehlentwicklungen in der Volksschule ausgelöst. Empört waren nur ein paar Linke, was heisst, dass wir richtig liegen. Jetzt müssen wir aber dranbleiben und das Thema weiter besetzen. Gefordert sind dazu auch die Kantonalparteien. Zweitens wurde am 18. August im Kanton Schaffhausen unser bisheriger Regierungsrat Martin Kessler mit dem besten Resultat wiedergewählt. Dazu haben wir der SP mit der Neuwahl von Marco Montanari einen Sitz abgelnchust. Danke FDP Schaffhausen – bien fait! Und herzliche Gratulation.

Am 22. September stimmen wir ab über die extreme Biodiversitätsinitiative. Ebenso haben die Schweizerinnen und Schweizer die Möglichkeit, ein Bekenntnis für den Erhalt unseres international einzigartigen Dreisäulensystems abzugeben.

#### NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative

Einmal mehr sprechen wir über eine Vorlage mit berechtigtem Anliegen, jedoch unverhältnismässigen Massnahmen. Nicht nur würde eine Gesamtfläche von der Grösse der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg

und Solothurn zu praktisch unantastbarem Schutzgebiet. Ebenso verletzt die Initiative föderalistische Grundsätze, ganz zu schweigen von der Verlängerung der Baubewilligungsverfahren. Darüber hinaus stehen die Forderungen im Widerspruch zu den Energiezielen der Schweiz, denn bei einem Ja würde der mit dem Stromgesetz soeben beschlossene beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren verunmöglicht.

#### Modernisierung der zweiten Säule: Frauen und Teilzeitbeschäftigte profitieren

Bei der Finanzierung der Altersvorsorge hat die FDP drei Grundsätze: Nachhaltige Finanzierung, Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt, Ausgewogenheit der Massnahmen. Die BVG-Vorlage ist ein gelungener Kompromiss: Die Bundesversammlung konnte sich auf eine Senkung der Eintrittsschwelle einigen und für deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule ermöglichen. Wer bis anhin nicht versichert war, wird zukünftig auch im Todesfall oder bei Invalidität abgesichert sein. Teilzeitarbeitende oder Menschen mit tiefen Einkommen werden von deutlichen Verbesserungen profitieren, ebenso Mehrfachbeschäftigte vom neuen prozentualen Koordinationsabzug. Einigen konnte man sich auch zu den Ausleichsmassnahmen für

Übergangsgenerationen und zu den verbesserten Lohnabzügen für Beschäftigte ab 45 Jahren. Am 22. September haben wir es in der Hand, die Renten für viele Menschen und insbesondere für Frauen zu verbessern!

#### SP & Co: Im Zweifelsfall steht Klassenkampf vor Gleichstellung

Gewerkschaften, SP und Grüne bekämpfen die BVG-Reform via Referendum. Ihr immerwährender Klassenkampf lässt es ihnen offenbar nicht zu, den vernünftigen und zielführenden Kompromiss mitzutragen. Ebenso droht die SP-Parteispitze bereits damit, die Individualbesteuerungsinitiative der FDP abzuschliessen, ein herber Schlag für die Gleichstellung der Frauen in der Schweiz. Beide Vorhaben bieten die einmalige Chance für reale Verbesserungen und handfeste Fortschritte bei Gleichstellung und Chancengleichheit. Die Linken betreiben lieber ihre ideologiegetriebene Partei- und Machtpolitik weiter.

Ihr Thierry Burkart  
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



# «Politfuchs» Melchior Buchs ...

... als Nachfolger von Ferdinand Pulver

Nach drei Jahren erfolgreicher Führung der Kantonalpartei tritt Präsident Ferdinand Pulver zurück. Die Parteileitung schlägt Melchior Buchs aus Reinach dem Parteitag zur Wahl vor.

Wir wissen es alle: Das kantonale Parteipräsidentenamt ist herausfordernd. Verschiedene Parteiflügel, starke Persönlichkeiten in den diversen Mandaten in Legislativen und Exekutiven, die Ansprüche der Medien auf «À la minute»-Reaktionen, Ansprechperson der Parteisektionen, Personalplanung und -entwicklung, Diplomatie mit anderen Parteien und nicht zuletzt die Rolle als unermüdlicher Wahlkampfmotivator fordern viel Kapazität und Ressourcen. Ferdinand «Ferd» Pulver hat diesen riesigen Strauss an Erwartungen in den letzten drei Jahren mit Erfolg bewältigt – dazu gebührt ihm unser aller Anerkennung und grosser Dank! Wir können alle nachvollziehen, welche Energie es benötigt, dieses Amt täglich mit Elan, Freude und Ausdauer auszuüben. Unsere herzlichen Wünsche und Dankbarkeit begleiten ihn ins neue Amt als Gemeindepräsident von Reinach, wo nicht minder grosse Aufgaben auf ihn warten.

Die eingesetzte Findungskommission, bestehend aus Landrat Sven Inäbni (Vorsitz), Landratsfraktionspräsident Andreas Dürr, e. Vizepräsidentin Marianne Hollinger, Landrat Marc Schinzel

sowie Landrätin Saskia Schenker, nahm im April nach der Rücktrittserklärung die Suche nach einer Nachfolge auf. Nach Erstellung eines Wunschprofils, das sowohl persönliche als auch politische Kriterien umfasste, erfolgten Gespräche mit zahlreichen Persönlichkeiten.

Noch vor den Sommerferien schlug die Kommission Melchior Buchs der Parteileitung als künftigen Parteipräsidenten vor.

Melchior Buchs ist Wirtschaftswissenschaftler (Dr. rer. pol.) mit einem reichen politischen und unternehmerischen Erfahrungsschatz und in Reinach zu Hause. Seine Wurzeln liegen im Berner Oberland, wo er in Thun als Gemeinderat und Vize-Stadtpräsident amtierte und die FDP während sechs Jahren auch im Grossen Rat des Kantons Bern vertrat. Sein sportliches Herz schlug als Präsident für den FC Thun und er prägte die FDP BE über lange Jahre in diversen Funktionen mit. Als geschätzter Geschäftsführer des Business Parc Reinach konnten während acht Jahren zahlreiche Start-ups von seiner breiten Erfahrung aus vielen Führungspositionen in Unternehmen und Organisationen profitieren. Auch in der neuen Heimat

Reinach betrat er bald «als durch und durch politischer Mensch», wie er selber sagt, die politische Bühne und stand der Gemeinde bis vor kurzem sechs Jahre als deren Präsident geachtet und erfolgreich vor.

Die Findungskommission und Parteileitung sind sehr erfreut, Melchior Buchs am 5. September am Parteitag in Pratteln zur Wahl als neuen Präsidenten vorzuschlagen. Überzeugt hat uns neben seinem bisherigen politischen und beruflichen Leistungsausweis Melchiors Feuer für unsere liberalen Anliegen sowie sein Wille, das Profil der Partei im Hinblick auf die nächsten Wahlen klar zu schärfen und die Sicht- und Hörbarkeit der Partei mit seinem engagierten persönlichen Auftritt gegen innen und aussen zu erhöhen. Er ist ein Brückenbauer, der die unterschiedlichen Meinungen in der Partei geschickt einbinden wird, um die FDP als starke und kompetente politische Kraft, als «das liberale Original», im Kanton bei den Wählerinnen und Wählern zu verankern. Die Parteileitung freut sich auf spannende Themen und Strategien und darauf, diese mit Melchior als empathischem, aber auch zielorientiertem «Politfuchs» gemeinsam für den Erfolg der FDP Baselland umzusetzen!

**Sven Inäbni, Landrat und Vizepräsident FDP BL**



Die wichtige 2. Säule der Altersvorsorge soll im Obligatorium modernisiert und Teilzeitangestellte sowie Personen mit niedrigem Einkommen sollen besser versichert werden. Auch werden ältere Personen im Arbeitsmarkt dank der längst fälligen Anpassung der Altersgutschriften attraktiver. Die BVG-Revision stoppt zudem die systemfremde Umverteilung von Erwerbstätigen zu den Rentnerinnen und Rentnern.

### Teilzeitarbeit im Hoch

Fast nirgends in Europa ist die Teilzeitarbeit so weit verbreitet wie in der Schweiz. Unser Land ist hinter den Niederlanden absolute Spitzenreiterin. Die Teilzeitarbeit hat sich in den letzten 15 Jahren bei den Frauen stabilisiert und bei den Männern weiter zugenommen. Es arbeiten aber bis heute deutlich weniger Frauen als Männer Vollzeit.

Gleichzeitig wird seit Jahren beklagt, dass Frauen im Alter häufiger eine zu tiefe Altersrente haben und häufiger von Ergänzungsleistungen abhängig sind als Männer. Das hat einfache Gründe: Ihnen fehlt meist ein angespartes Vermögen in der 2. Säule, der beruflichen Vorsorge BVG, wenn sie langjährig in tiefen Teilzeitpensen oder gar nicht gearbeitet haben und nicht durch das Einkommen

oder die Rente eines Ehepartners abgesichert sind. Das aktuelle BVG-Obligatorium benachteiligt Teilzeitkräfte, was mit der aktuellen Reform angegangen werden soll.

### Teilzeitpensen, Mehrfachbeschäftigte und niedrige Einkommen besser versichern

Mit der Senkung der Eintrittsschwelle, ab der eine Person BVG-versichert ist, sollen mehr Menschen Zugang zur 2. Säule erhalten. Künftig soll die Eintrittsschwelle bei 19845 Franken statt wie bisher 22050 Franken liegen. Die zusätzliche Senkung des Koordinationsabzugs von heute fixen 25725 Franken auf neu 20 Prozent des AHV-versicherten Lohns führt dazu, dass sich der Anteil des versicherten Lohnes erhöht und die Versicherten und ihre Arbeitgeber während ihrer aktiven Zeit mehr einzahlen. Diese beiden Massnahmen zielen auf Teilzeitarbeitende, Vollzeitarbeitende mit einem geringen Lohn und Mehrfachbeschäftigte ab. Künftig sollen rund 100000 Einkommen neu versichert werden. Neu versicherte Personen und ihre Kinder sind dann auch neu bei Invalidität und Tod versichert (Invaliden- respektive Kinderrente). Eine Studie im Auftrag des Frauendachverbands alliance F belegt weiter, dass durch die Reform rund 359000 Personen eine höhere Rente erhalten, davon 275000 Frauen.

### Hürden für ältere Arbeitskräfte abbauen

Wichtig ist auch, dass mit der BVG-Reform ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt noch attraktiver werden.

In den nächsten 5 Jahren geht die Babyboomer-Generation in Pension. Das verschärft den Fachkräftemangel. Gleichzeitig sind im BVG-Obligatorium ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter heute teurer als jüngere, weil die Altersgutschriften ab 55 Jahren signifikant höher sind als in jüngeren Jahren. Die Altersgutschriften bestimmen, welchen Prozentanteil vom Lohn eine Versicherte oder ein Versicherter und ihre Arbeitgeberin / ihr Arbeitgeber monatlich einbezahlen. Neu sollen im Obligatorium nur noch zwei Kategorien bestehen und die Abzüge sollen nur noch einmal – mit 45 Jahren – ansteigen. So wird bereits in jüngeren Jahren mehr fürs BVG angespart und gleichzeitig eine Hürde für die Anstellung von älteren Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmern abgebaut. Das schafft einen wichtigen Anreiz, dass ältere Arbeitskräfte länger im Arbeitsleben bleiben.

### Systemfremde Umverteilung stoppen

Die geplante Anpassung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent wirkt der starken Umverteilung von der erwerbstätigen zur pensionierten Bevölkerung entgegen. Denn die Lebenserwartung steigt und damit auch die Zeit, in der eine Rente bezogen wird – im Vergleich zu 1985 muss das im BVG angesparte Geld im Schnitt fünf Jahre länger reichen, was ja grundsätzlich eine erfreuliche Entwicklung ist. Die Rentenversprechen im BVG-Obligatorium sind jedoch so hoch, dass sie sich nicht mehr aus den Beiträgen finanzieren lassen. Deshalb müssen die Erwerbstätigen die Renten querfinanzieren, obwohl das in der 2. Säule (im Gegensatz zur 1. Säule, der AHV) nicht vorgesehen ist. Das ist unfair und muss dringend behoben werden. Da es um eine Anpassung im Obligatorium geht und viele Arbeitgeber/-innen ihre Angestellten überobligatorisch versichern, sind 85 Prozent der Erwerbstätigen von dieser Anpassung nicht betroffen.

Für die Übergangsgeneration der über 50-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sieht die Reform einen Rentenzuschlag vor. Damit wird die Senkung des Umwandlungssatzes grosszügig kompensiert, weil einem Teil dieser Generation bis zur Pensionierung nicht mehr genügend Zeit bleibt, um die Reform finanziell «wettzumachen». Dazu gehören auch jene Versicherten mit tieferen Renten, deren Umwandlungssatz bereits vor der BVG-Revision gesenkt wurde, weil sie im BVG überobligatorisch versichert sind. Bestehende Renten werden nicht angetastet.

Damit wir in den nächsten Generationen nicht weiter beklagen, dass Frauen im Alter häufiger eine zu tiefe Altersrente haben und häufiger von Ergänzungsleistungen abhängig sind als Männer, ist es wichtig, die Versprechen zur besseren BVG-Absicherung von Teilzeitpensen und tiefen Löhnen einzulösen. Damit wird unser ganzes Dreisäulensystem zur Absicherung im Alter auch insgesamt gestärkt.

Saskia Schenker, Landrätin, Itingen

# Jede Arbeit verdient eine faire Rente.

## BVG-Reform

[www.ja-bvg.ch](http://www.ja-bvg.ch)

# JA

22. September 2024



Grünliberale

Besuchen Sie auch unsere Website für aktuelle News:



### Korrektur «Baselbieter Freisinn» Nr. 2

Auf Seite 4 mit dem Titel «Verjüngung der parteiinternen Gremien» wurde bei den Zurücktretenden aus der Parteileitung Matthias Mundwiler nicht aufgeführt. Matthias Mundwiler war seit 2017 Mitglied der Parteileitung und wurde 2021 zum Kassier gewählt. Auch seine Arbeit wurde am Wahlparteitag 2024 herzlich verdankt.



# Gemeinden stärken!

Wie wir das Subsidiaritätsprinzip hochhalten und Regulierung begrenzen.

«Bereits heute sind rund zwei Drittel unserer Ausgaben gebunden und somit nicht oder kaum beeinflussbar – mit steigender Tendenz.»

Wer eine Gemeinde präsidiert, braucht fachliche Kompetenzen, Teamfähigkeit und ab und zu eine dicke Haut. Wir sollten das Subsidiaritätsprinzip leben, damit die Gemeinderäte ihre begrenzten Mittel optimal einsetzen können. Gemeinden kämpfen heutzutage wie Unternehmen vermehrt mit Vorgaben, welche ihre Gestaltungsfreiheit eingrenzen.

Zusammen mit meinem Gemeinderat leite ich die Geschicke einer Gemeinde mit 1200 Einwohnern im Oberbaselbiet. Wie in Unternehmen gilt es auch bei uns Lösungen zu finden, um den Ertrag zu steigern und Ausgaben zu senken, um letztlich unseren öffentlichen Auftrag langfristig erfüllen zu können. Aktuell sind wir in der Budgetdiskussion 2025 und stellen fest, dass die Kosten in den Bereichen Gesundheit und Alter sowie, Soziales und Bildung ebenso steigen wie die Darlehenszinsen. Andererseits sind bei einer kleinen Oberbaselbieter Gemeinde die Wachstumsmöglichkeiten auf der Ertragsseite beschränkt und die Abhängigkeit vom Finanz- und Lastenausgleich ist hoch.

Wie reagieren wir auf diese Ausgangslage? Wir versuchen, auf der Ausgabenseite clever zu handeln, und realisieren gemeinsame Projekte mit unseren Nachbargemeinden, um Kosten einzusparen und die Leistungsqualität zumindest gleich zu halten bzw. bestenfalls sogar zu verbessern. Seit vielen Jahren werden Forstwirtschaft, Schiessanlage, Abfallverbund und Verwaltungsverbund gemeinsam mit umliegenden Gemeinden, ja sogar über Kantons-

grenzen hinweg, betrieben. Dies hat bei uns eine lange Tradition und wurde in den letzten Jahren noch intensiviert. So haben wir in nur zwei Jahren die gemeinsame Idee einer Kreisschule mit unserer Nachbargemeinde in die Tat umgesetzt und dadurch auch die Qualität verbessert, etwa durch die Einführung von Jahrgangsklassen. In diesem Jahr haben wir mit zwei der umliegenden Gemeinden einen Zweckverband für die gemeinsame Wasserversorgung gegründet und die Grossinvestition in ein neues Pumpwerk auf mehrere Schultern verteilt. Und als Daueraufgabe optimieren wir die Abläufe unserer bereits heute sehr schlanken Gemeindeverwaltung und analysieren, welche Leistungen in welcher Qualität unsere Bewohnerinnen und Bewohner benötigen, welche Zusammenarbeitsprojekte wir initiieren und in welchen Bereichen wir als Gemeinde autonom und ohne eingrenzende Vorgaben durch Kanton oder Bund unsere Gemeindepolitik gestalten können.

Bereits heute sind rund zwei Drittel unserer Ausgaben gebunden und somit nicht oder kaum beeinflussbar – mit steigender Tendenz. Ich wünsche mir mehr finanzpolitischen Spielraum, um eigen-

ständig zu entscheiden, welche Aufgaben für uns notwendig sind und wie wir sie effizient erbringen. Auch wünsche ich mir mehr Spielraum in der Raumplanung, unsere Bauzonen sind knapp, das Bevölkerungswachstum, das wir im letzten Jahrzehnt erlebt haben (von 950 auf 1200 Einwohner), wird gebremst. Je mehr zentral vorgegeben wird – sei es durch den Landrat, die Regierung oder über Volksinitiativen –, desto weniger Spielraum haben wir Gemeinden, um die Leistungen bedarfsgerecht anzubieten. Wir unterscheiden uns stark von den bevölkerungsreichen Gemeinden im Unterbaselbiet und unser Angebot muss deshalb auch nicht gleich ausgestaltet sein. Die Gemeindeautonomie sollte gestärkt und das Verhältnis zwischen Kantons- und Gemeindefinanzen überdacht werden.

Wir sollten das Subsidiaritätsprinzip, das der Kanton Basel-Landschaft sogar in seiner Verfassung verankert hat, hochhalten und wenn immer möglich Aufgaben durch die tiefste Staatsebene, die Gemeinden, regeln und vollziehen lassen. Wir haben bewiesen, dass wir haushälterisch mit öffentlichen Mitteln umgehen und gestalten nahe am Geschehen und der Bevölkerung gestalten. Das macht letztlich auch die Aufgabe als Gemeinderat interessant: Man kann mitbestimmen, mitgestalten und mit viel Engagement etwas vor Ort bewirken!

**Nadine Jermann, Gemeindepäsidentin Buus, Mitglied der Parteileitung Ressort Gemeinden, Vorstandsmitglied Verband Baselbieter Gemeinden**



Sollen im Baselbiet künftig Höchstzahlen für Arztpraxen gelten? Die Risiken einer solchen Angebotsverknappung stehen in keinem Verhältnis zu den erhofften Einsparungen. Ärztemangel und verheerende Signale für den Ärztenachwuchs wären «Nebenwirkungen» dieser schädlichen Gesetzesänderung.

Am 22. September werden die Baselbieterinnen und Baselbieter über eine Änderung im Gesundheitsgesetz mit erheblicher Tragweite für ihre medizinische Versorgung abstimmen. Bauend auf einer schwammigen Bundesvorgabe will der Kanton Baselland – mit der Begründung, damit vermeintlich Gesundheitskosten einzusparen – Obergrenzen für Arztpraxen einführen. **Dieser Zulassungsstopp in ärztlichen Fachgebieten käme einem faktischen Berufungsverbot gleich und birgt erhebliche Risiken für Baselbieter Patientinnen und Patienten.** Die FDP-Fraktion lehnte im Landrat diese Gesetzesänderung kategorisch und vehement ab. Nun hat die Bevölkerung das letzte Wort zu dieser Überregulierung.

**Die Datenbasis für die geplanten Beschränkungen ist schlicht fahrlässig gewählt.** Sie ist für die Berechnung von Höchstzahlen ungenau und beruht in vielen Fällen auf Schätzungen. Dieser Umstand wird in weiteren Kantonen scharf kritisiert. Auf dieser dünnen Grundlage dürfen keinesfalls weitreichende Entscheide zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung gefällt werden. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat dies erkannt und die Umsetzung der Bundesregelung deshalb bereits mit unbestimmter Frist «auf Eis gelegt».

**Die vom Baselbieter Regierungsrat genannten CHF 7,7 Mio. Einsparungen in beiden Basel pro Jahr (oder lediglich umgerechnet 15 Franken pro Versicherten!) sind eine weitgehend unfundierte Schätzung.** Die Vermutung liegt nahe, dass die Kosten für eine Regulierung etwa gleich hoch wie die Einsparungen sein könnten. Zudem sind sich Gesundheitsökonominnen nicht einig, ob diese Beschränkung wirklich kostendämpfend wirkt, denn: im Gesundheitswesen besteht in erster Linie eine Nachfrageexplosion und nicht eine Kosten- oder Angebotsexplosion.

Ambulante Behandlungen sind günstiger als stationäre Behandlungen. **Der Zulassungsstopp behindert die erwünschte verstärkte Ambulantisierung der Medizin** und ist deswegen sogar kontraproduktiv. Es drohen gar höhere Kosten für die Allgemeinheit. Zudem ist überhaupt nicht klar, wie sich die aktuellen nationalen Diskussionen zu den Tarifen (TARDOC, TARMED) und der einheitlichen Finanzierung (EFAS) auf das ambulante Angebot im Kanton Baselland auswirken werden!

**Letztlich dürfte die Gesetzgebung mittelfristig zu einer Unterversorgung mit Ärztinnen und Ärzten in Baselland in den regulierten Berei-**

**chen führen. Der ärztliche Nachwuchs verliert an beruflicher Perspektive.** Angesichts des bestehenden Ärztemangels ist dies bedenklich. Schon jetzt müssen 2 von 5 Ärzten und Ärztinnen aus dem Ausland rekrutiert werden, um den inländischen Bedarf zu decken. Zitat des Präsidenten der Baselbieter Ärztegesellschaft, Dr. med. T. Eichenberger: «Bevor uns das Geld ausgeht, werden uns die Leute fehlen.»

Die überhastete und schweizweit übereiligt einzuführende Obergrenze birgt enorme Risiken in der Gesundheitsversorgung bezogen auf äusserst geringe und keinesfalls gesicherte Einsparungen bei den Gesundheitskosten. **Sie bedeutet auch einen schwerwiegenden Eingriff in die verfassungsmässig garantierte Wirtschafts- und Gewerbefreiheit.** So haben langjährig erfahrene Spital-Oberärzte langfristig limitierte Aussicht auf eine selbstständige Tätigkeit in einer Arztpraxis.

Diese Gesetzesänderung steht völlig quer in der Landschaft, bedenkt man auch das Resultat der «Kostenbremseinitiative» vom 9. Juni, wo die Baselbieter Stimmenden unmissverständlich eine Einschränkung ihrer Gesundheitsversorgung mit fast Zweidrittelmehr rundweg ablehnten.

**Deshalb am 22. September: NEIN zum Zulassungsstopp!**

**Sven Inäbnit, Landrat und Vizepräsident FDP BL**



## Retten wir gemeinsam unsere Kantonsfinanzen

(Kostensenkungs-Initiative)

Jetzt muss gehandelt werden! Unsere Kantonsfinanzen sind in einer gefährlichen Schieflage und dennoch werden weitere Subventionen gefordert. Dies muss ein Ende haben! Dem Landrat, der Regierung und der Verwaltung muss Einhalt geboten werden. Genau hier setzen wir an und ich freue mich, Ihnen unsere kantonale Volksinitiative vorstellen zu können. Wir machen einen grossen Schritt für unseren Kanton und nun brauchen wir Ihre Hilfe. Jede Unterschrift zählt, damit wir unsere Kantonsfinanzen gemeinsam wieder ins Lot bringen können!

Die Jungfreisinnigen Baselland setzen sich für ein kontrolliertes Staatswachstum und einen gesunden Finanzhaushalt ein. Es ist im Interesse aller, dass unser Kanton langfristig einen stabilen Finanzhaushalt und eine effiziente Verwaltung hat. Dafür stehen wir ein und engagieren uns aktiv mit unserer «**Kostensenkungs-Initiative**».

**Helfen Sie mit, unsere Kantonsfinanzen zu retten!**

**Warum diese Initiative?**

### 1. Haushaltsdisziplin:

- Der Kanton Basel-Landschaft hat aufgrund zu hoher Ausgaben ein erhebliches Finanzdefizit. Reformen sind notwendig!
- Personalkosten sind ein wesentlicher Kostentreiber und steigen überproportional an.

- Aktuell kommt eine kantonale Vollzeitäquivalent-Stelle auf 62 Einwohnerinnen und Einwohner. 2019 betrug das Verhältnis noch 1:67. Dieses Verhältnis von 1:67 muss wiederhergestellt und darf nicht wieder überschritten werden!

### 2. Infrastruktur optimieren, Bürokratie minimieren:

- Durch ein ausuferndes Stellenwachstum entstehen dauerhafte Kosten. Mit den Einsparungen können die frei gewordenen Ressourcen gezielt in sinnvolle Massnahmen investiert werden.
- Die Initiative bindet den Landrat, die Regierung und die Verwaltung an eine Obergrenze, die sich an der Bevölkerungsgrösse orientiert.

Dadurch werden Ausgabenexzesse verhindert und das Wachstum der Verwaltung wird auf ein gesundes Mass beschränkt.

### 3. Kaufkrafterhaltung durch Entlastung der Steuerzahlenden:

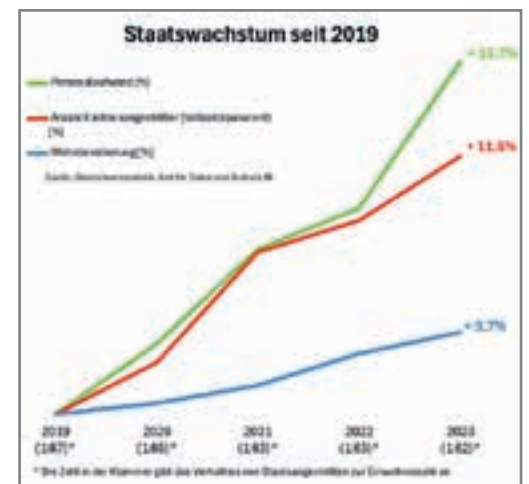
- Neue Stellen bedeuten neue Kosten, die durch Steuern finanziert werden müssen. Ein massvolles Verwaltungswachstum entlastet die Steuerzahlenden und macht den Kanton als Wohn- und Wirtschaftsstandort attraktiver.

### Die Fakten

Bevölkerungswachstum: +3,7%

Anstieg der Kantonsstellen: +11,5%

Anstieg der Personalkosten: +15,7%



### Unser Ziel

Wir wollen eine professionelle, effiziente und bürgernahe Verwaltung, die sich im Einklang mit dem Bevölkerungswachstum entwickelt. Mit einem **Verhältnis von einer Kantonsstelle auf 67 Einwohnerinnen und Einwohner bleibt das Wachstum der kantonalen Verwaltung gesund und nachhaltig**. Mit Ihrer Unterschrift können wir unseren Kanton wieder auf den richtigen Weg bringen, damit er in Zukunft nicht noch mehr in die roten Zahlen rutscht!

**Unterschreiben Sie jetzt und helfen Sie mit, unsere Kantonsfinanzen zu retten!**

**Den Unterschriftbogen finden Sie am «Freisinn» angehängt!**

**Bitte so schnell wie möglich zurücksenden an: Cyril Bleisch, Mittelweg 37, 4142 Münchenstein**

**Cyril Bleisch, Präsident Jungfreisinnige BL**



Sibylle Freiermuth im Gespräch mit einer Schülerin.



## Andere Länder – andere Schulen

Herausfordernde Realitäten in Sambia

**Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg – auch für die FDP. Sie hat klare Forderungen an die Schule in der Schweiz formuliert. Bildung wäre auch der Schlüssel zum Erfolg in Sambia, doch da kämpfen die Schulen mit schwierigen Voraussetzungen.**

Seit drei Jahren arbeite ich an einer Community School in Lusaka mit dem Auftrag, das Lernniveau zu verbessern und beim Lehrpersonal effiziente Lehrmethoden einzuführen. Hier ein paar Einblicke und Erfahrungen aus dem Schulalltag.

### Schwierige Ausgangslage – ein paar Fakten:

- Die Hälfte der 21,3 Millionen Einwohner ist jünger als 17,7 Jahre.
- Englisch ist die offizielle Sprache, aber es gibt 73 Stammessprachen und Dialekte. Die meisten Sambier sind mehrsprachig.
- Die Klassen 1 bis 4 werden je nach Gegend in 7 unterschiedlichen Sprachen unterrichtet.
- Das Land ist reich an Rohstoffen, die meist durch internationale Firmen abgebaut und gehandelt werden, 42 Prozent der Exporte über die Schweiz. Die Gewinne bleiben zum grossen Teil im Ausland.
- Der Schulbesuch ist gratis, aber die Regierung kann den Bedarf nicht decken. Es gibt daher viele Community Schools aus lokalen und privaten Initiativen.
- Angestrebtes Lehrer-Schüler-Verhältnis ist 1:45 (Primarstufe) und 1:35 (Sekundarstufe). Obwohl

2022 über 30 000 neue Lehrer rekrutiert wurden, sind wir im Moment bei 1:58, 1:100 ist nicht aussergewöhnlich. Schule findet nicht selten im Drei-Schicht-Betrieb statt.

- Es fehlt an Infrastruktur – Gebäude, Unterrichtsmaterial, Wasser- und Stromversorgung.
- Die Lehrerausbildung hinkt hinterher – noch nicht alle Lehrer haben ein Lehrdiplom, viele haben selbst ungenügende Kenntnisse des Unterrichtsstoffs.

### Schulalltag in Lusaka

Der Schule geht es dank der Unterstützung durch internationale Spender relativ gut. Trotzdem verdienen die Lehrpersonen nur zwischen CHF 50 und CHF 130 pro Monat. Viele der Schulbänke sind kaputt. Die Lehrpersonen erklären den Schulstoff anhand selbstgezeichneter Plakate. Bis vor kurzem hatte nur die Lehrperson eine Kopie des Lehrbuchs. Die Kinder kopierten alles ab der Tafel in ihre Hefte. Grundbedürfnisse wie Wasser und sanitäre Anlagen sind nicht garantiert. Aufgrund einer schlimmen Dürre ist auch der Strom knapp. Zurzeit haben wir nur etwa sechs Stunden pro Tag Strom. Die Schule hat einen Drucker/Kopierer und

«Mädchen verpassen 20 Prozent vom Schulunterricht, weil sie keinen Zugang zu Binden haben.»

ein paar Laptops für das Lehrpersonal, aber ohne Strom ist es schwierig, Material auszudrucken.

Die rund 350 Schüler und Schülerinnen kommen hauptsächlich aus sehr armen Verhältnissen. Für viele ist das gesponserte Schulessen von Maisbrei mit einem Ei, etwas Soja oder Bohnen die einzige Nahrung, die sie am Tag bekommen. Oft fehlen Schüler oder Schülerinnen, weil sie zu Hause Geschwister hüten, kranke Eltern pflegen oder zum Haushaltseinkommen beitragen müssen. Mädchen verpassen 20 Prozent vom Schulunterricht, weil sie keinen Zugang zu Binden haben.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist die Motivation gross. Die Lehrpersonen arbeiten auch bei geringem Lohn sehr engagiert. Die Kinder danken es ihnen mit schulischem Erfolg und Begeisterung.

### Erste Schritte auf einem langen Weg

Wir haben mit viel Erfolg neue Ansätze eingeführt, vor allem im Bereich Lesen/Schreiben. Eine langfristige Begleitung des Lehrpersonals ist nötig, bis sie sich das neue Know-how angeeignet haben und im Unterricht einsetzen. Nach drei Jahren sehen wir, dass die Schüler und Schülerinnen markant besser lesen und schreiben können. Zudem sind sie motivierter, verantwortungsbewusster und haben mehr Selbstvertrauen. Dieser Erfolg wird momentan in 50 weiteren Schulen repliziert.



Gastbeitrag von Sibylle Freiermuth, Lehrerin im Einsatz für eine NGO in Lusaka/Sambia

Irina Bannwart, Foto: Damian Moor



## Bildung ist Wirtschaft

Bildungsexpertin Irina Bannwart im Interview

### Wer bist du? Kannst du dich kurz vorstellen?

**Irina Bannwart:** Nach meinem Logopädie-Studium war ich acht Jahre als Logopädin und Schulleiterin in einer heilpädagogischen Schule tätig. Anschliessend wechselte ich in die Bildungsverwaltung, war als Projektleiterin und jetzt als Abteilungsleiterin der Stabsstelle eines Deutschschweizer Volksschulamtes tätig.

### Warum bist du in der FDP?

Seit ich 16 Jahre alt bin, engagiere ich mich politisch. Meine Wirtschaftsmatur hat mich geprägt, in der Politik die liberalen Werte in den Fokus zu nehmen. Ich bin der Meinung, dass Bildung und Wirtschaft enger miteinander verbunden sind, als oft gedacht wird. Weiter setze ich mich für eine volksnahe FDP ein. Leider habe ich die Erfahrung gemacht, dass wir immer noch mit dem Klischee kämpfen, eine Ü50-Partei von Juristen und Unternehmern zu sein. Ich möchte dafür sorgen, dass auch Personen mit anderen beruflichen und sozialen Hintergründen sich von der FDP angesprochen fühlen.

### Du bist Leiterin der Stabsstelle eines Deutschschweizer Volksschulamtes. Gibt es da Spannungen, was dein politisches Engagement, gerade auch im Bildungsbereich angeht?

Ich trenne klar zwischen meinen politischen Aktivitäten und meiner beruflichen Rolle. Ich habe immer offen über meine politische Tätigkeit gespro-

chen, auch bei Vorstellungsgesprächen. Als Abteilungsleiterin der Stabsstelle arbeite ich politisch neutral und lasse meine Parteipräferenzen nicht in meine Arbeit einfließen. Gleichzeitig muss ich sagen, dass die Grundausrichtung meiner beruflichen Tätigkeit gut zu meinen liberalen Werten passt. Ansonsten würde ich nicht hier arbeiten.

### Du warst auch Teil der Expertenkommission aus den Kantonen für das Bildungspapier der FDP Schweiz, das von den Delegierten am 22. Juni 2024 angenommen wurde. Wie lief die Entwicklung dieses Papiers ab?

Die Arbeitsgruppe wurde von der FDP Schweiz gegründet und bestand aus Mitgliedern aus verschiedenen Kantonen. Sabina Freiermuth, die Aargauische Kantonalpräsidentin lud mich als Fachexpertin aus dem Kanton Aargau in die Gruppe ein.

Wir begannen unsere Arbeit mit einer Online-Besprechung, in der wir uns über grundlegende Bildungsthemen austauschten und den Entwurf des Bildungspapiers diskutierten. Schon in dieser Sitzung konnten wir Änderungsvorschläge einbringen. In einer zweiten Runde wurde über diese Vorschläge abgestimmt. Ich war sehr aktiv, brachte viele Anträge ein und war begeistert, dass sich die FDP intensiv mit dem Thema Bildung auseinandersetzte. Ich dachte mir: «Wenn ich schon mitmache, dann gebe ich Vollgas.» Danach folgten schriftliche Rückmeldungen und Stellungnahmen,

«Es ist erfrischend zu erleben, dass es in der FDP mehr Bildungspolitiker gibt, als oft angenommen wird.»

bis das Bildungspapier für die Delegiertenversammlung vorbereitet war.

### Wer war da dabei in der Arbeitsgruppe?

Wir waren 25 Personen, darunter ehemalige Rektoren, Leute aus der Praxis, Fachleute aus der Bildungsverwaltung und Schulpflege sowie Mitglieder von Bildungskommissionen in Gross- oder Kantonsräten.

*Anmerkung der Redaktion: Alle Kantone waren eingeladen, ihre Delegationen für die Arbeitsgruppe zu melden. Auch die Bildungsdirektorinnen und -direktoren der FDP sowie Regierungsrat Conradin Cramer (FDP/BS) wurden in den Prozess einbezogen.*

### Gab es Unterschiede zwischen den Sprachregionen oder auch zwischen Kantonen?

Je nach Kanton sind andere Voten gekommen. Jeder Kanton hat mit den Volksschulen andere Bedürfnisse. Umso positiver ist, dass man sich auf das Papier einigen konnte.

### Welche spezifischen Fehlentwicklungen siehst du aktuell in der Volksschule?

Der Lehrplan umfasst viele Fächer und fördert die Schüler in verschiedenen Bereichen. Am Ende der Schulzeit stellt man jedoch fest, dass grundlegende Fähigkeiten wie das Schreiben einer Bewerbung oder einer E-Mail fehlen. Dieser Umstand ist für die Ausbildung und das weitere Leben der jungen Menschen problematisch.

Die Forderung nach Grundkompetenzen darf nicht nur auf fremdsprachige Schüler abgewälzt werden; alle Schüler brauchen diese Fähigkeiten. Fremdsprachige Schüler haben oft zusätzliche Herausforderungen. Und ein gewisses Mass an Sprache sollte sicherlich vorhanden sein, um dem Unterricht folgen und den Unterrichtsstoff aufnehmen zu können. Die Sprachverarmung ist ein allgemeines gesellschaftliches Problem, weil die angewendete Sprache von Social Media auf den alltäglichen

Irina Bannwart während der Diskussion und Beantwortung der Fragen zum Bildungspapier an der Delegiertenversammlung am 22. Juni 2024 in Möriken-Wildegg. Foto: Damian Moor



Sprachgebrauch abfährt – nicht unbedingt im Positiven.

#### Wie geht es jetzt weiter in eurer Arbeitsgruppe?

Es wäre schade, wenn diese Gruppe aufgelöst würde. Es ist wertvoll, zu sehen, wie andere Kantone und Bildungspolitikerinnen und -politiker arbeiten und ein gemeinsamer Austausch ist wertvoll. Es ist erfrischend zu erleben, dass es in der FDP mehr Bildungspolitiker gibt, als oft angenommen wird. Viele liberale Menschen sind im Bildungssektor aktiv, obwohl Bildung häufig als ein eher «linkes» Thema angesehen wird. Die Reaktionen auf das Bildungspapier zeigen, dass es viele Menschen im Bildungsbereich gibt, die nicht einfach nur eine linke Haltung haben.

#### Du bist selbst im Wahlkampf als Grossrätin für den Bezirk Zofingen. Was ist deine Botschaft?

Der Abbau von Bürokratie an Schulen ist mir ein

wichtiges Anliegen. Lehrpersonen sollten sich wieder auf den Unterricht konzentrieren können, ohne von administrativen Prozessen zwischen Verwaltung, Schule, Lehrpersonen und Schulleitung abgelenkt zu werden.

#### Welche Forderungen des Bildungspapiers liegen dir besonders am Herzen?

Aus meiner Sicht hat die Schule eine zentrale Aufgabe mit dem Sicherstellen von Tagesstrukturen oder Tagesschulen. Damit lässt sich Beruf und Familie besser vereinbaren. Das hat einen direkten Einfluss auf die Berufstätigkeit der Frauen. Hier zeigt sich die Schnittstelle zwischen Schule und Wirtschaft.

Ein weiteres Anliegen ist mir, dass Eltern ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen und mit der Schule zusammenarbeiten. Die Schule hat einen Bildungsauftrag, der Erziehungsauftrag liegt bei den Eltern. Beide Aufgaben müssen Hand in Hand ge-

«Selbst die kritischen Stimmen waren froh, dass Themen der Bildung von einer nationalen Partei angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.»

hen, und die Eltern sollten sich dessen bewusst sein. Dies betrifft nicht nur, wie oft fälschlicherweise angenommen, nur fremdsprachige Eltern. Es ist wichtig, alle Familien zu erreichen – sowohl aus sozioökonomisch schwächeren als auch aus wohlhabenderen Haushalten. Letztere können teilweise mit rechtlichen Schritten gegen Zeugnisse oder Entscheidungen der Lehrpersonen die Zusammenarbeit genau so schwierig gestalten.

#### Wie waren die Reaktionen auf die Veröffentlichung des Bildungspapiers?

Nach den medialen Berichten habe ich sowohl positive als auch negative Rückmeldungen erhalten, auch aus meinem bildungsnahen Umfeld. Etwa 80 Prozent der Reaktionen waren positiv. Selbst die kritischen Stimmen waren froh, dass Themen der Bildung von einer nationalen Partei angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.

#### Gibt es sonst noch etwas, was du der FDP-Basis mitteilen möchtest?

Es ist wichtig, sich zu engagieren – auch im Kleinen kann man etwas bewirken, selbst als Mitglied in einer Ortspartei. Entscheidend ist, dass man sich mit Politik auseinandersetzt. Unser einzigartiges Schweizer System lebt davon, dass die Menschen sich mit verschiedenen Themen beschäftigen und aktiv mitbestimmen, sei es durch Wählen oder Abstimmen.



350 Delegierte stimmten am 22. Juni 2024 dem Bildungspapier für die Volksschule zu. Foto: Damian Moor



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».

Bild: Adobe Stock / Contrastwerkstatt



## Volksschule am Anschlag: Zurück zum Bildung

17 Handlungsfelder für eine chancengerechte und zukunftsorientierte Bildung unserer Kinder

Unsere Volksschule ist für den Kitt in der Gesellschaft, die Wirtschaft und den Erfolg der Schweiz von allergrösster Bedeutung. Nur wenn es uns gelingt, Kinder und Jugendliche aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten fundiert und praxisnah auszubilden, sind wir in der Lage, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Das liberale Erfolgsmodell setzt voraus, dass jeder und jede die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg hat. Das wiederum ist nur mit einer soliden Ausbildung möglich. Dieses Erfolgsmodell ist seit jüngster Zeit gefährdet. Trotz des täglichen und unermüdlichen Einsatzes vieler Lehrerinnen und Lehrer, sowie weiterer Fachpersonen, gerät die Volksschule in verschiedenen Kantonen und Gemeinden zunehmend an den Anschlag. Es ist an der Zeit, einige Fehlentwicklungen zu korrigieren.

**1 Grundkompetenzen, Grundkompetenzen, Grundkompetenzen**  
Die Volksschule muss sich heute mit allen möglichen gesellschaftlichen Themen befassen und hat allzu oft nicht mehr die Zeit, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: die Vermittlung der Grundkompetenzen. Mit Lesen, Schreiben und Rechnen

erhalten die Kinder ein stabiles Fundament, das sie befähigt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und aktiv an der Demokratie teilzunehmen.

**2 Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht**  
In der Praxis hat sich die integrative Schule

zu wenig bewährt. Sie benachteiligt unter den gegebenen Voraussetzungen die lernschwachen Kinder und hindert den Regelunterricht. Integration ist erstrebenswert, aber Inklusion um jeden Preis ist nicht zielführend.

**3 Schulnoten bleiben erhalten**  
Die FDP fordert ein transparentes und einfach anwendbares Bewertungs- und Beurteilungssystem, das die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler abbildet und Vergleiche ermöglicht. Es ist wichtig, die Fortschritte der Schulkinder zu überprüfen. Ideologisch motivierte Versuche, Noten abzuschaffen, sind abzulehnen.

**4 Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler erhalten Intensivkurse der Unterrichtssprache, bevor sie in eine Regelklasse wechseln**  
Kinder, welche die Unterrichtssprache (noch) nicht beherrschen, sind oft überfordert und beanspruchen die erhöhte Aufmerksamkeit der Lehrpersonen, so dass weniger Ressourcen für die anderen Kinder übrig bleiben und der Regelunterricht zu



ten Schritt kritisch hinterfragt werden, auf welche Berichte und Formulare verzichtet werden kann.

## 8 Leistung muss sich lohnen – auch bei Lehrpersonen

Viele Schulen leiden unter akutem Fachkräftemangel. Die Politik und die Schulen müssen Anreize und Strukturen schaffen, damit Lehrpersonen vermehrt ihre Pensen erhöhen: Unterstützen die Schulleitungen, heterogene Klassenzusammensetzungen zur Vermeidung hoch belasteter Klassen innerhalb einer Schule, Weiterbildung in der unterrichtsfreien Zeit, um die Schulwochen nicht zusätzlich zu befrachten, sowie die Vermeidung von Belastungsspitzen während der Schulwochen können dazu beitragen, dass Lehrerinnen und Lehrer wieder vermehrt Vollzeit arbeiten.

## 9 Stoppt die Bildungsbürokraten und stärkt die Lehr- und Fachpersonen

Innovationen entstehen in der Praxis und nicht in den Amtsstuben. Wir müssen den Ideenwettbewerb der einzelnen Schulen fördern und nicht durch Paragraphen verhindern. Wichtige Entschiede müssen dort gefällt werden können, wo mit den Kindern gearbeitet wird. Die Lehrperson – und nicht ein Funktionär oder Berater – weiss am besten, was seine Schülerinnen und Schüler brauchen, um die Bildungsziele zu erreichen.

## 10 Pädagogische Hochschulen

Die Ausbildung (Grundausbildung, Weiterbildungen) an der pädagogischen Hochschule bereitet das (angehende) Lehrpersonal auf den Schulalltag vor. Die Lehrpläne sind realitätsnah und praxisorientiert auszugestalten.

## 11 Keine Smartphones im Unterricht auf Primarschulstufe

Smartphones und andere elektronische Geräte (bspw. Smartwatches) beeinträchtigen die Aufmerksamkeit, das Lernen und die sozialen Beziehungen. Sie sind während des Unterrichts auszuschalten und wegzulegen.

## 12 Digitalisierung: Chancen nutzen, Risiken erkennen

Neben den vielen Vorteilen der Digitalisierung weisen Forschungsergebnisse inzwischen auch auf negative Auswirkungen auf den Wissenserwerb hin. Der Einsatz von digitalen Hilfsmitteln in der Schule muss überlegt und gezielt erfolgen und laufend den wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden.

## 13 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bieten die Schulen

Tagesstrukturen an. Die Angebote sind freiwillig und kostengünstig auszugestalten.

## 14 Bildungswege aufzeigen

Kinder und Jugendliche erhalten die Möglichkeit, ihre eigenen Fähigkeiten und die ganze Breite der Berufswelt zu entdecken. Dazu werden die Vorteile der verschiedenen Bildungswege (Berufslehre, Berufsmaturität, Gymnasium etc.) den Kindern und Eltern frühzeitig und neutral vermittelt. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vermittlung von schweizerischen Besonderheiten (z. B. duales Bildungssystem) für zugezogene Eltern und Kinder gelegt.

«Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht.»

kurz kommt. Bevor fremdsprachige Kinder in die Volksschule eintreten, ist der Fokus deshalb konsequent auf das Erlernen der lokalen Sprache zu setzen.

## 5 Die Erstsprache hat Priorität

Auf Primarschulstufe muss das Erlernen der Erstsprache Priorität haben. Die abnehmenden Sprachkompetenzen in den lokalen Landessprachen sind ein Alarmsignal und sprechen für sich. Zweit- oder Fremdsprachen sollen erst vermittelt werden, wenn sie nicht das Erlernen der lokalen Erstsprache beeinträchtigen.

## 6 Respekt im Schulzimmer

Anstand lässt sich bekanntlich nicht regulieren. Der Staat soll sich auch nicht in die elterliche Erziehung der Kinder einmischen. Doch gewisse Zustände in Schweizer Klassenzimmern sind unhaltbar. Das Lehrpersonal verdient Respekt – von den Kindern und von den Eltern. Für erfolgreiches Lernen braucht es Phasen der Ruhe und Struktur.

## 7 Weniger Formulare, mehr Unterricht

Die zunehmende Bürokratie an den Volksschulen muss auf das Wesentliche reduziert werden, denn sie geht zu Lasten des Kerngeschäfts: des Unterrichts. Dazu muss in einem ers-

## 15 Mehr Schweiz

Die Geschichte und das politische System der Schweiz dürfen nicht vernachlässigt werden. Nur wenn die Kinder und Jugendlichen unser Land verstehen, erhalten sie das Rüstzeug, um mündige und aktive Teilnehmende unserer Demokratie zu werden.

## 16 Keine Ideologie und woke Lehrmittel

Die persönliche politische Meinung bilden sich Kinder und Jugendliche selbst. Die Vermittlung des Unterrichtsstoffes erfolgt deshalb möglichst neutral und die Medienkompetenz sowie schliesslich das eigene Urteilsvermögen sind zu stärken.

## 17 Nulltoleranz gegenüber Intoleranten

Fundamentalismus hat keinen Platz an unserer Volksschule. Niemand darf sich unter Berufung auf seine kulturelle und religiöse Identität über andere stellen oder unsere offene Gesellschaft ablehnen.

Dies ist eine gekürzte Version des Positionspapiers, das am 22. Juni 2024 von der Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen verabschiedet wurde. Die ganze Version finden Sie hier: [www.fdp.ch/bildung](http://www.fdp.ch/bildung)

Simone Richner: Rechtsanwältin, Abteilungsleiterin, Stadträtin und Mutter.



«Meine Leidenschaft gilt der Verantwortung als Abteilungsleiterin und meiner Rolle als Mutter. Beides prägt mein Engagement für Gleichberechtigung und Freiheit.»

Als Mutter einer Tochter ist es mein grösster Wunsch, dass sie in einer Welt aufwächst, in der Gleichberechtigung nicht nur ein Ideal, sondern gelebte Realität ist. Ich möchte, dass sie die Freiheit hat, ihre Träume zu verfolgen, ohne sich durch Hindernisse eingeschränkt zu fühlen, die allein aufgrund ihres Geschlechts bestehen. Mein Engagement wird von den starken Frauen in meiner Familie inspiriert, die mir den Weg gewiesen haben. Meine Mutter, die mir bis heute tagtäglich Eigenständigkeit vorlebt, sowie meine Grossmutter, die als eine der ersten Frauen in der Schweiz einen Dokortitel in Rechtswissenschaften erwarb, und meine Tante, die als erste Staatsanwältin des Kantons Bern eine Pionierin war, haben mir gezeigt, was es bedeutet, für seine Überzeugungen einzustehen.

### Wie lebst du Gleichberechtigung in deinem Familienalltag?

In unserem Familienalltag legen mein Partner und ich grossen Wert darauf, die Aufgaben im Haushalt und bei der Kinderbetreuung gleichberechtigt zu teilen. Wir beide arbeiten und es ist uns wichtig, dass unsere Tochter sieht, wie man Verantwortung miteinander teilt, und dass beide Elternteile gleichermaßen an ihrer Erziehung und ihrem Wohlbefinden beteiligt sind.

### Was gelingt euch dabei gut?

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir eine ausgewogene Balance zwischen unseren beruflichen und familiären Verpflichtungen gefunden haben. Diese Balance ermöglicht es uns, unsere Tochter in einem stabilen und unterstützenden Umfeld aufwachsen zu lassen, während wir beide beruflich erfolgreich sind. Es erfüllt mich mit Freude, zu sehen, wie sie in einem Umfeld aufwächst, das von Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt geprägt ist.

## Gleichberechtigung im Alltag

### Mama und Führungskraft

#### Wer bist du? Kannst du dich kurz vorstellen?

*Simone Richner:* Mein Name ist Simone Richner, ich bin 38 Jahre alt und habe das Glück, in meiner beruflichen Laufbahn als ausgebildete Rechtsanwältin und Abteilungsleiterin in einem kantonalen Amt Verantwortung für ein grossartiges Team von 73 Menschen zu tragen. Diese berufliche Rolle erfüllt mich sehr, doch noch bedeutender ist für mich meine Rolle als Mutter einer wunderbaren drei Jahre alten Tochter.

#### Wie bist du mit der FDP verbunden?

Ich bin aktuell Stadträtin in Bern und habe in der FDP sowohl auf städtischer als auch kantonaler Ebene in verschiedenen Funktionen mitgewirkt, unter anderem als Mitglied der Parteileitung und als Vizepräsidentin. Eine besondere Ehre war es, als erste Frau das Präsidium der Jungfreisinnigen im Kanton Bern zu übernehmen. Mein Herz schlägt für die Werte der Freiheit, Selbstverantwortung und Chancengleichheit – Grundsätze, die nicht nur mein politisches Engagement prägen, sondern auch meinen Alltag als berufstätige Mutter.

#### Was heisst für dich Gleichberechtigung?

Gleichberechtigung bedeutet für mich, dass jede und jeder unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder anderen persönlichen Merkmalen die gleichen Chancen verdient. Es geht darum, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und sicherzustellen, dass niemand aufgrund von Vorurteilen oder gesellschaftlichen Stereotypen benachteiligt wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine gerechtere Gesellschaft für uns alle ein Gewinn ist.

#### Was bedeutet für dich «liberale Gleichstellung»?

Libérale Gleichstellung bedeutet, dass wir als Gesellschaft die Rahmenbedingungen schaffen, in denen Chancengleichheit möglich ist, ohne dabei die individuelle Freiheit und Verantwortung des Einzelnen einzuschränken. Es geht darum, Menschen zu ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen und selbstbewusst Entscheidungen zu treffen, ohne in traditionelle Rollenbilder gezwängt zu werden. Diese Freiheit ist es, die uns wirklich voranbringt.

#### Was treibt dich persönlich an, dich für Gleichberechtigung einzusetzen?



Wahlplakat für den Nationalrat im Herbst 2023.



Simone Richner mit ihrer Tochter beim Abstimmen.

### Was empfindest du dabei als herausfordernd?

Die grösste Herausforderung besteht oft darin, die Erwartungen der Gesellschaft mit unseren eigenen Vorstellungen von Gleichberechtigung zu vereinen. Es erfordert viel Organisation, enorme Flexibilität und vor allem eine sehr gute Kommunikation, um sicherzustellen, dass alle Bedürfnisse in der Familie berücksichtigt werden und wir gleichzeitig unseren beruflichen Zielen gerecht werden können. Welche Massnahmen sind aus Sicht der FDP besonders wichtig, um Chancengleichheit zu fördern? Die FDP setzt sich für die Förderung flexibler Arbeitsmodelle ein, die es Familien erleichtern, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Modernisierung der beruflichen Vorsorge, wie sie in der BVG-Reform vorgesehen ist.

### In welchem Bereich muss noch viel getan werden aus deiner Sicht?

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit. Es braucht dringend mehr Betreuungsmöglichkeiten und eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung dafür, dass auch Männer eine aktive Rolle in der Kindererziehung und im Haushalt übernehmen.

### Wie kann ich als Mitglied der FDP Gleichberechtigung fördern?

Als Mitglied der FDP kannst du viel bewirken, indem du dich aktiv in die politische Arbeit einbringst. Teile deine Erfahrungen, sprich darüber

und engagiere dich für Initiativen, die flexible Arbeitsmodelle voranbringen und die berufliche Vorsorge modernisieren. Darüber hinaus kannst du in deinem persönlichen Umfeld und in der Gesellschaft dazu beitragen, Frauen in Führungspositionen zu stärken, indem du sie ermutigst und unterstützt. Es ist entscheidend, dass wir alle unseren Teil dazu beitragen, damit Gleichberechtigung nicht nur ein Ziel bleibt, sondern in unserem Alltag wirklich gelebt wird.

## «Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit.»

Warum sollten unsere Leser/Leserinnen Ja zur BVG-Revision stimmen? Die BVG-Reform ist ein bedeutender Schritt, um unsere Altersvorsorge zu modernisieren und gerechter zu gestalten. Sie schliesst Rentenlücken, insbesondere für Teilzeitarbeitende und Frauen, und fördert die Generationengerechtigkeit. Durch die Senkung der Eintrittsschwelle und des Koordi-

nationsabzugs wird es viel mehr Menschen möglich sein, von der zweiten Säule zu profitieren. Diese Reform ist nicht nur fair, sondern auch zukunftsweisend, und sie stärkt unser bewährtes Dreisäulenmodell.

### Was du der «Freisinn»-Leserschaft sonst noch sagen willst.

Ich möchte die Leserinnen und Leser ermutigen, sich weiterhin aktiv für die Werte der Freiheit, Selbstverantwortung und Chancengleichheit einzusetzen. In einer Zeit, in der Freiheit immer mehr in Frage gestellt wird, ist es wichtiger denn je, für unsere Überzeugungen einzustehen. Links-grüne Forderungen nach immer mehr Regulierungen und Einschränkungen bedrohen die Individualität und Vielfalt, die unsere Gesellschaft stark machen. Jeder von uns kann einen Beitrag leisten, sei es durch politisches Engagement, durch das Setzen von Vorbildern im Alltag oder durch die Unterstützung von Initiativen, die unsere Gesellschaft gerechter und freier machen.



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».

Yannick Berner setzt sich als FDP-Grossrat und Unternehmer für ein Ja zur BVG-Reform ein.



# Als Unternehmer für die BVG-Reform

Kommentar von Yannick Berner

Als Liberaler, Unternehmer und einst zukünftiger Rentner bin ich klar für die BVG-Reform. Im vollen Bewusstsein, dass es sich bei der Vorlage um einen politischen Kompromiss handelt, ist die Reform notwendig, um die 2. Säule nachhaltig und fair zu gestalten.

Die BVG-Reform bietet die Chance, bestehende Ungerechtigkeiten im Rentensystem zu verbessern. Viele Teilzeitarbeitende und insbesondere Frauen erhalten heute keine BVG-Rente. Hinzu kommt, dass die Rentenversprechen im BVG zu hoch sind und die Erwerbstätigen die Rentner querfinanzieren. Das Resultat? Ein zunehmend fragiles System, das unsere Solidarität überstrapaziert und dringend reformiert werden muss.

### Reform für Unternehmer eine Herausforderung

Ich möchte jedoch nicht verschweigen, dass diese Reform auch für uns als Unternehmer eine Heraus-



Das Familienunternehmen URMA AG produziert innovative Präzisionswerkzeuge mit einem Exportanteil von über 95 Prozent. Eingesetzt werden die Schweizer Produkte unter anderem in der Automobil- und Flugzeugindustrie.

forderung darstellt. Es ist richtig, dass eine Annahme der Vorlage zu höheren Kosten führen wird. Mehr Mitarbeitende werden obligatorisch in der beruflichen Vorsorge versichert sein, was für uns höhere Lohnabzüge bedeutet. Doch genau hier setzt die Verantwortung an, die wir als Unternehmer in der Gesellschaft tragen. Lassen Sie mich dies anhand eines Beispiels verdeutlichen: Nehmen wir an, eine Teilzeitangestellte in unserem Unternehmen verdient 30 000 Franken pro Jahr. Nach den aktuellen Regeln sind nur 4275 Franken oder 14 Prozent ihres AHV-Lohnes im BVG versichert. Mit der Reform erhöht sich der versicherte Lohn auf 24 000 Franken, das sind 80 Prozent ihres Lohnes. Auf dieser Basis lässt sich ein solides Altersguthaben ansparen. Für uns als Arbeitgeber bedeutet dies höhere Beiträge, doch für die Angestellte bringt es eine signifikante Verbesserung ihrer Altersvorsorge und garantiert eine schönere Rente.

### Wer, wenn nicht die FDP?

Als Unternehmer bin ich bereit, diesen Schritt zu wagen. Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Reform ein Ziel erreichen, das besonders Frauen und Menschen mit niedrigem Einkommen zugutekommt. Diese Reform ist nicht nur eine Investition in die Zukunft unserer Mitarbeitenden, sondern

«Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und für eine gerechtere und nachhaltigere Altersvorsorge zu kämpfen.»

auch in die Stabilität unseres Rentensystems. Und dieses gilt es zu schützen: Die Abstimmungen vom 3. März 2024 sollten uns zu denken geben. Wir müssen die Akzeptanz gegenüber dem Dreisäulensystem stärken. Denn die linken Parteien und Gewerkschaften warten mit ihren Ideen zum AHV-Ausbau und der Schwächung der 2. und 3. Säule in ihren Startlöchern. Wer, wenn nicht die FDP, sorgt sonst dafür, dass die eigens angesparte Altersvorsorge auch die eigene bleibt?

### Verantwortung für die Stabilität des Rentensystems übernehmen

Die Dringlichkeit ist offensichtlich. Je länger wir zögern, desto gravierender werden die Probleme unserer Altersvorsorge. Die BVG-Reform bietet eine realistische und umsetzbare Lösung für die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Gerne betone ich nochmals, dass die BVG-Reform ein Kompromiss ist. Doch wer meint, dass wir die gleichen Ziele mit einem Nein zur Reform erreichen, der irrt sich. Es ist enttäuschend, dass gerade linke Kräfte das Referendum ergriffen haben. Anstatt sich für eine sinnvolle und gerechte Lösung einzusetzen, verfallen sie in alten Klassenkampf-Rhetoriken und verhindern so den Fortschritt.

Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und für eine gerechtere und nachhaltigere Altersvorsorge zu kämpfen. Als Unternehmer bin ich mir sicher: Die BVG-Reform ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.



Yannick Berner,  
CEO URMA AG und Aargauer FDP-Grossrat



Bild: kaisin.



## BVG-Reform aus Gastro-Sicht

Kaisin.-Mitbegründer Andri Silberschmidt im Interview

Inmitten der laufenden Debatten zur BVG-Reform werfen wir einen Blick auf die Perspektive eines engagierten Unternehmers. Andri Silberschmidt, Mitbegründer und Verwaltungsratspräsident der Kaisin. und Nationalrat für den Kanton Zürich, gibt uns Einblicke, wie die Reform seiner Meinung nach die berufliche Vorsorge verbessern könnte.

### Welche Auswirkungen hat ein Ja zur BVG-Reform auf Kaisin.?

Die Mitarbeitende sowie die Kaisin. als Arbeitgeberin würden mehr Beiträge in die berufliche Vorsorge einzahlen und deshalb eine höhere Rente im Pensionsalter haben.

### Warum sagst du als Gastro-Unternehmer Ja zur BVG-Reform?

Die berufliche Vorsorge muss mit der Zeit gehen und Menschen mit einem tiefen Einkommen eine

bessere Absicherung ermöglichen. Die Senkung des Koordinationsabzuges und der Eintrittsschwelle stellen genau dies sicher. Dank der Senkung der Beiträge der über 55-Jährigen sinken ihre Lohnnebenkosten, was im Sinne der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu begrüssen ist.

### GastroSuisse spricht sich gegen die BVG-Reform aus. Sie begründete ihre Position mit den anfallenden Mehrkosten. Was entgegnest du als Betroffener deinem Verband?

Wenn man einen reinen Kostenblick hat, müsste man das BVG abschaffen, denn dann hätte man gar keine Kosten. Das würde aber zu Altersarmut führen, denn die Armutsstatistik zeigt klar: Menschen mit einer Rente aus der beruflichen Vorsorge sind markant weniger stark von Altersarmut betroffen. Deshalb ist es wichtig, dass die berufliche Vorsorge gestärkt wird – das gibt es nicht gratis zu haben.

### Was sind deiner Meinung nach die grössten Herausforderungen oder Bedenken bei der Umsetzung der Reform in der Praxis?

Die Formulierung der Rentenzuschläge für die Übergangsgeneration (alle über 50) ist nicht nach

«Menschen mit einer Rente aus der beruflichen Vorsorge sind markant weniger stark von Altersarmut betroffen.»

unserem Gusto. Es profitieren auch Menschen von einem Rentenzuschlag, welche gar keine Renteneinbussen aufgrund der Senkung des Umwandlungssatzes haben. Das ist unschön und ich verstehe, dass das vor allem in Kreisen von Expertinnen und Experten kritisiert wird. Deshalb aber die ganze Reform abzulehnen, wird die Reformfähigkeit der beruflichen Vorsorge negativ beeinträchtigen.

### Wie könnten die geplanten Anpassungen dazu beitragen, das Vertrauen in die berufliche Vorsorge zu stärken?

Dank der Reform erhalten über hunderttausend Personen Zugang in die berufliche Vorsorge. Nicht nur sie zahlen neu Beiträge, sie profitieren auch von den Beiträgen ihrer Arbeitgeber sowie der Verzinsung, welche über das ganze Erwerbsleben einen Drittel mehr Rente ermöglicht. Das ist ein grosser Fortschritt und ermöglicht vielen Menschen, die nicht ihr Leben lang 100 Prozent gearbeitet haben, eine massive Verbesserung ihrer Rente (bis zu dreimal mehr Rente aus der beruflichen Vorsorge!).

### Die Umfragen deuten auf ein Nein hin. Was wären die Folgen einer Ablehnung der BVG-Reform?

Wir wären wieder auf Feld 0 und die Linke würde ihrem Ziel zur Schwächung der beruflichen Vorsorge einen Schritt näher sein.

Mehr zu Kaisin. auf: <https://kaisin.ch/>



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».



Nationalrat Andri Silberschmidt.

KI-generiertes FDP-Kampagnenbild zur BVG-Reform.



# Warum Frauen profitieren

## Zwei Anschauungsbeispiele

Die berufliche Vorsorge muss dringend reformiert werden: Zum einen stehen die Renten aufgrund der steigenden Lebenserwartung und tieferen Anlagerenditen unter Druck. Zum andern können sich viele Erwerbstätige – darunter überwiegend Frauen – kein Alterskapital in der 2. Säule ansparen, da sie Teilzeit arbeiten. Am 22. September 2024 stimmt die Schweizer Bevölkerung über einen Reformvorschlag ab, mit dem die Berufsvorsorge zukunfts- und frauentauglicher werden soll.

Luisa und Martina (beide 30-jährig) arbeiten im Inselspital Bern. Luisa ist Reinigungskraft und – da alleinerziehend – in einem 60%-Pensum angestellt. Martina arbeitet in der Pflege, hat keine Kinder und arbeitet 100%.

Wie würde sich die BVG-Reform auf die Renten der beiden Frauen auswirken? Stimmt es, wenn ein Komitee aus Gewerkschaften und Linksparteien behauptet, dass die Vorlage ein «Bschiss» sei, weil Erwerbstätige mehr bezahlen müssten und zum Schluss gar weniger Rente erhielten? Lassen Sie mich Luisa und Martina für die Abstimmung am 22. September 2024 beraten:

### Ausgangslage: Unser Vorsorgesystem

Die Schweizer Vorsorge basiert auf drei Säulen: Die 1. Säule (AHV/IV) dient der Existenzsicherung und die 2. Säule soll den gewohnten Lebens-

standard auch im Alter oder bei Invalidität erhalten. Mit der 3. Säule kann durch individuelles Sparen die Altersrente verbessert werden.

Die 1. Säule funktioniert durch ein Umlageverfahren: Die aktuell erwerbstätige Bevölkerung finanziert durch Lohnbeiträge bereits berentete Personen.

Die 2. Säule funktioniert im Kapitaldeckungsverfahren: Erwerbstätige und ihre Arbeitgeber zahlen Beiträge an die berufliche Vorsorge. Das so angesparte Kapital wird über Jahrzehnte verzinst. Leistungen der beruflichen Vorsorge erfolgen entweder, indem das angesparte Kapital nach der Pensionierung/bei Invalidität in Form einer Rente ausbezahlt wird. Alternativ ist bei der Pensionierung (und teilweise bei Invalidität) auch ein einmaliger Bezug der Vorsorge in Kapitalform möglich. Verstirbt eine Person vor Erreichen des

Pensionsalters, kann ihr Vorsorgeguthaben («Todesfallkapital») teilweise von Angehörigen bezogen werden.

### Berechnung der Rente aus der Berufsvorsorge

Die Rente aus der 2. Säule wird durch Multiplikation des angesparten Kapitals mit dem Umwandlungssatz berechnet. Für einen versicherten Lohn zwischen 22 050 und 88 200 Franken (sogenanntes «BVG-Obligatorium») gilt derzeit ein Mindestumwandlungssatz von 6,8%. Die meisten Pensionskassen versichern Löhne über das Obligatorium hinaus. Für Löhne, die dem Überobligatorium unterliegen, gilt kein Mindestumwandlungssatz.

### Pensionskassen unter Druck

Wie auch die AHV ist die berufliche Vorsorge derzeit nicht auf die lange Lebensdauer ihrer Versicher-

ten ausgelegt. Es droht, dass – entgegen ihrer Idee – auch in der Säule 2 die gegenwärtig Erwerbstätigen zur Rente der bereits Berenteten beitragen und so ihr eigenes Sparkapital tangiert wird. Zudem haben die Pensionskassen unter anderem wegen des seit langem tiefen Zinsumfelds Mühe, ausreichende Erträge an den Finanzmärkten zu erzielen, um das Sparkapital ihrer Versicherten zu erhöhen.

## BVG-Lösung 1. Teil:

Um der Gefahr eines ungerechten und gesetzeswidrigen Verzehr von Sparguthaben über Generationen hinaus zu begegnen, sollen folgende Massnahmen getroffen werden:

- Der Umwandlungssatz in der obligatorischen Versicherung wird auf 6% gesenkt.
- Im Gegenzug werden die Beitragssätze angepasst: Die jüngeren Erwerbstätigen und ihre Arbeitgeber leisten neu bis zum Alter von 34 höhere Lohnbeiträge als heute (9% bis zum Alter von 45). Für die älteren Erwerbstätigen gelten neu tiefere Beitragssätze (14% bis zum Alter von 65). Dass Arbeitgeber für ältere Arbeitnehmer tiefere Arbeitgeberbeiträge zahlen müssen, hat zudem den Vorteil, dass ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr länger benachteiligt werden.
- Für eine Übergangsgeneration, die nicht ausreichend Zeit hat, wegen der tieferen Beitragssätze ihr Sparguthaben gleichbleibend wie heute zu erhöhen, wird es einen Rentenzuschlag geben.

Wichtig: Die Renten von bereits Pensionierten sind von der Reform nicht betroffen.

## BVG-Lösung 2. Teil oder Warum die Vorlage vor allem für Frauen wichtig ist!

Derzeit ist nur in der 2. Säule obligatorisch versichert, wer einen Jahreslohn von mindestens 22 050 Franken verdient («Eintrittsschwelle»). Für die Anhäufung von Sparkapital wird vom versicherten Lohn ein sogenannter Koordinationsabzug in Höhe von 7/8 der maximalen AHV-Jahresrente (derzeit 25 725 Franken) abgezogen.

Wer also wenig verdient, kann keine vernünftige berufliche Vorsorge aufbauen. Das betrifft vor allem Teilzeiterwerbstätige. Noch immer arbeiten vor allem Frauen Teilzeit, vorwiegend deshalb, weil sie Betreuungsaufgaben nachgehen.

Mit der Reform der beruflichen Vorsorge wird deshalb einerseits die Eintrittsschwelle – wenn auch leider bloss marginal – auf 19 845 Franken gesenkt. Andererseits, und das ist bedeutend relevanter, beträgt der Koordinationsabzug nicht mehr eine fixe Zahl, sondern neu 20% des Jahreslohns.

Für Luisa und Martina hätte die Reform folgende Auswirkungen:

	Luisa (Reinigungskraft) alleinerziehend Pensum 60%	Martina (Pflege) keine Kinder Pensum 100%
<b>Vor Reform</b>		
Bruttogehalt	35 000	85 000
Koordinationsabzug	-25 725	-25 725
Versichertes Gehalt	9 275	59 275
PK-Beitrag 7%	650	4 150
Sparkapital bei Pension unverzinst*	46 374	296 375
Altersrente (6,8%)	3 153	20 154
<b>Nach Reform</b>		
Bruttogehalt	35 000	85 000
Koordinationsabzug (20%)	-7 000	-17 000
Versichertes Gehalt	28 000	68 000
PK-Beitrag 9%	2 520	6 120
Sparkapital unverzinst*	128 800	312 800
Altersrente (6%)	7 728	18 768

\* Sehr vereinfachte Rechnung, Annahmen:  
 – Luisa und Martina haben 25-jährig angefangen zu arbeiten  
 – Allfällige Lohnerhöhungen sind nicht einberechnet  
 – Beitragssätze vor Reform: 7% bis Alter 35, 10% bis 45, 15% bis 55, 18% bis 65  
 – Beitragssätze nach Reform: 9% bis Alter 45, 14% bis 65

## Abstimmungsempfehlung für Luisa und Martina

Luisa würde durch die Reform eine mehr als doppelt so hohe Rente erhalten und sollte Ja stimmen. Allerdings bleibt ein Problem: Wenn Luisa nebenher für eine Reinigungsfirma arbeitet und dort weniger als die Eintrittsschwelle von 19 845 Franken verdient, ist der Nebenerwerb auch nach der Reform nicht versichert. Mehrfachbeschäftigte können also weiterhin durch die Maschen für das Ansparen einer vernünftigen Altersvorsorge fallen.

Martina erhält auf den ersten Blick trotz höherer Lohnabzüge eine tiefere Rente als vor der Reform. Das Sparkapital im obigen Beispiel ist aber unverzinst gerechnet: Da Martina und das Inselspital früher höhere Sparbeiträge leisten, werden diese auch länger verzinst. Damit wird Martina dank der Reform also mindestens eine gleich hohe Rente erhalten wie heute. Auch Martina kann der Reform also zustimmen.

## Abstimmungsempfehlung für alle

Eine Studie zeigt, dass rund 80% der Versicherten dank der Reform mehr Rente erhalten werden, 20% etwas weniger. Vor allem Personen mit tiefen Einkommen profitieren. Kürzungen bei Personen mit hohen Einkommen können durch das Überobligatorium abgedeckt werden.

Dank der Reform hätten demnach mehr Erwerbstätige, insbesondere Frauen und Geringverdienende, eine berufliche Vorsorge. Das ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da eine ausreichende Vorsorge die Abhängigkeit von staatlichen (über die Steuern finanzierte!) Ergänzungsleistungen verringert.

Es ist bezeichnend, dass sich Kreise, die sich angeblich sozialer Politik verschrieben haben, gegen die Reform stellen. Verantwortungsbewusste erkennen die Notwendigkeit der Anpassung unserer Vorsorge und stimmen am 22. September 2024 Ja zur sinnvollen BVG-Reform.



**Florence Pärli,**  
Juristin im Steuerrecht, Stadträtin und  
Fraktionspräsidentin FDP/jf Stadt Bern,  
Kandidatin Gemeinderat Stadt Bern

# Ja zur BVG-Reform am 22. September

## Statements von FDP-Persönlichkeiten



**Anna Staub, Vorstandsmitglied  
Jungfreisinnige Schweiz**

«Momentan sind Personen mit mehreren Teilzeitjobs unzureichend in der beruflichen Vorsorge versichert. Heute gelten die Eintrittsschwelle und der Koordinationsabzug für jede Anstellung separat. Hier ist die BVG-Reform entscheidend: Mehrere Löhne werden summiert, was zu einer besseren beruflichen Vorsorge führt. Der versicherte Lohn steigt und die Rente wird deutlich höher ausfallen.»



**Eva Biland, FDP Basel-Stadt**

«Das heutige Berufsversorgungsgesetz stammt aus der Zeit der Einverdienerhaushalte und ist nicht mehr zeitgemäss. Es entspricht nicht mehr der heutigen Arbeitsrealität, da rund ein Drittel der Arbeitnehmenden in Teilzeitarbeit beschäftigt ist. Mit der BVG-Reform werden Teilzeitarbeitende und Personen mit tiefen Einkommen besser versichert und erhalten endlich auch eine Rente. Ich sage deshalb JA am 22. September zur BVG-Reform.»



**Florence Pärli, Stadträtin Bern**

«Momentan sind Personen mit geringem Einkommen und ältere Arbeitnehmende im BVG benachteiligt. Dank der Reform werden Personen mit geringem Einkommen auch Zugang zur 2. Säule haben beziehungsweise besser versichert sein, da der Koordinationsabzug flexibilisiert wird und anstatt eines Fixbetrages neu 20% des Lohns beträgt. Ältere Personen haben dank der Reform bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, da ihre BVG-Beiträge und damit die Kosten für die Arbeitgeber gesenkt werden.»

### BVG-Revision in Kürze:

In der beruflichen Vorsorge kann man sich beim Bezug entweder für den Kapitalbezug oder für eine lebenslängliche Rente entscheiden. Bei der lebenslänglichen Rente bestimmt der Umwandlungssatz, wie viel Rente jährlich ausgezahlt wird. Da die Lebenserwartung in der letzten Zeit gestiegen ist, werden die Renten teilweise querfinanziert von den Erwerbstätigen. Deshalb muss der Umwand-

lungssatz gesenkt werden. Von der Senkung sind 85 Prozent der Angestellten nicht betroffen. Nicht betroffen sind Personen, die überobligatorisch versichert sind, und Personen, die sich für den Kapitalbezug entscheiden.

Für die Übergangsgeneration gibt es zudem grosszügige Rentenzuschläge. Die Eintrittsschwelle zur beruflichen Vorsorge wird zudem gesenkt, das

heisst, mehr Personen mit tiefen Einkommen werden versichert sein. Auch Personen mit mehreren Teilzeitjobs sind nun besser versichert, da ihre Löhne addiert werden. Der Koordinationsabzug wird flexibilisiert, was dazu führt, dass insbesondere mehr Personen mit geringem Einkommen einen höheren Anteil ihres Lohnes sparen. Dadurch steigen ihre Renten.

Bild: Adobe Stock, Oleg Elkov



# Der Souverän sind wir

Gemeinsam gegen Überregulierung und Überwachung

Kürzlich ging es im Parlament um die Frage, warum Unternehmerinnen und Unternehmer zwar in die Arbeitslosenversicherung einzahlen – aber faktisch keine Chance haben, im Notfall Versicherungsleistungen zu beziehen.

In ihrer Stellungnahme vermittelten Bundesrat und Beamtenschaft – vielleicht ungewollt –, das Bild, das sie von Unternehmerinnen und Unternehmern haben: Bei diesen seien Anreize für eine «zweckfremde (Über-)Inanspruchnahme ausgeprägt». Es bestehe ein «inhärentes Missbrauchsrisiko».

Unter Generalverdacht für Missbrauch. Ich dachte wirklich, ich lese nicht richtig.

Der Staat übergeht völlig die Tatsache, dass die Wirtschaft die Arbeitsplätze in unserem Land zur Verfügung stellt. Notabene: Alle Arbeitsplätze ausserhalb der staatlichen. Und die staatlichen gibt es nur, weil die Firmen und ihre Mitarbeitenden die Steuern zahlen, die diese finanzieren.

Es sind gerade die vielen KMU, die vielen grossen und kleinen Familienunternehmen, die zusammen mit ihren Mitarbeitenden persönliche Verantwortun-

gung übernehmen – für die Firma, für die Gesellschaft.

Es ist bemerkenswert, dass die Haltung des Staates zu Unternehmerinnen und Unternehmern inhaltlich gar nicht so weit von der Juso entfernt ist, die von «steuerkriminellen Familien-Clans» fabuliert.

Vielleicht ist dies die Vorstellung, die beide von der Wirtschaft haben: Sie soll gefälligst zahlen, Löhne und Steuern und Investitionen ermöglichen. Und weil sie die Unternehmerinnen und Unternehmer unter Generalverdacht für Missbrauch stellen – darf der hehre Staat alles regulieren und überwachen.

Das ist sehr weit weg von einem freiheitlichen Verständnis einer wirtschaftenden Gesellschaft freier Menschen. Es zeugt aber von einem Bild, das immer mehr um sich greift: Der Staat als grosser Bruder, der alles denkt und lenkt.

Liebe Freunde der Freiheit, die Menschen in unserem Land müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten. Wir sind der Souverän.

«Liebe Freunde der Freiheit, die Menschen in unserem Land müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten. Wir sind der Souverän.»



**Kris Vietze**, Nationalrätin TG, Dipl. Wirtschaftsprüferin, Präsidentin IHK Thurgau

# Biodiversität ohne Wirtschaftsschäden

Gezielter Schutz statt pauschaler Massnahmen

Die Biodiversitätsinitiative zielt darauf ab, die Nutzung der Flächen und das baukulturelle Erbe einzuschränken, um die Biodiversität zu stärken. Obwohl diese Ziele lobenswert sind, ist die Vorlage zu extrem und ihre Auswirkungen werden einen negativen Einfluss auf die Wirtschaft haben.

Um die Biodiversität in der Schweiz zu schützen, müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden, welche die Qualität anstatt der Quantität der Biodiversität stärken. Eine Begrenzung der Flächen-nutzung, wie von den Initianten gefordert, ist keine Garantie dafür, dass der Schutz der Biodiversität verstärkt wird. Zudem funktioniert der bisherige Schutz der Biodiversität in der Schweiz. Als Beispiel können wir den Luchs nehmen, der dank unserer Wiederansiedlungsbemühungen wieder in unseren Bergen heimisch geworden ist.

Dieses Beispiel zeigt, dass der Erhalt der Biodiversität durch gezielte und angepasste Massnahmen erreicht werden kann. Der Schutz der Biodiversität muss Hand in Hand mit unserer Wirtschaft gehen und nicht gegen sie.

Zusätzlich würde die Biodiversitätsinitiative viele Bereiche unserer Wirtschaft gefährden, darunter auch den Tourismus. Denn viele Tourismusorte, die sich in den Schutzgebieten befinden, könnten nicht mehr in die Verbesserung ihrer Anlagen investieren – das gilt beispiels-

weise für Skigebiete in den Bergen. Die Schweiz darf nicht zu einem Ballenberger Freilichtmuseum werden.

Wir müssen Tiere und Pflanzen schützen, nicht nur Äcker und Brachen – deshalb: Nein zur Biodiversitätsinitiative am 22. September!



**Maxime Reynaud,**  
Verantwortlicher für die lateinischen Kantone

**FDP**  
Die Liberalen

**Schützen wir Tiere und Pflanzen,  
nicht Äcker und Brachen!**

**NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative**

[www.fdp.ch/biodiversitaetsinitiative](http://www.fdp.ch/biodiversitaetsinitiative)

Dieses Bild wurde mit Hilfe von KI generiert.

KOLUMNE

## Angriff auf den Schweizer Wohlstand

Die Enteignungsinitiative der Juso ist brandgefährlich! Der wirtschaftliche Erfolg unserer Schweiz baut auf kleineren wie auch grösseren, mittelständischen Familienunternehmen. Von mehreren Generationen aufgebaute Unternehmen halten die Schweizer Wirtschaft am Laufen, tragen massgeblich zur international tiefen Arbeitslosenquote bei und verhelfen dem Mittelstand dank guten Einkommen zu individuellem Wohlstand. Entscheidend für den Erfolg dieser Unternehmen ist, Gewinne in die Weiterentwicklung reinvestieren zu können; sei dies in Betriebsliegenschaften, Maschinen, Technologien, Innovationen oder Menschen. Geht es nach der Juso, soll dieser Grundpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolgs schonungslos zerschlagen werden.

Mit der Einreichung ihrer Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» fordert die Juso eine Erbschaftsteuer von 50 Prozent ab 50 Mio. Franken. Dieser Schwellenwert ist nicht nur bei grossen Unternehmen schnell erreicht; auch im mittelständischen Umfeld sind Bewertungen von Unternehmen und deren Ak-

tionen über diesem Betrag keine Seltenheit. Ausnahmebestimmungen oder Erleichterungen sehen die Jungsozialisten keine vor. Im Gegenteil: Der Initiativtext sieht sogar eine Rückwirkungsklausel vor.

Bei einer Annahme der Initiative hätte der Bundesrat rückwirkend auf den Abstimmungstag Massnahmen zur «Verhinderung von Steuervermeidung» in Kraft zu setzen. Deshalb hat die Enteignungsinitiative schon heute und unabhängig des Ausgangs der Abstimmung eine gefährliche Vorwirkung. Potenziell Betroffene planen bereits jetzt ihren Wegzug und Zuzugswillige werden von der Wohnsitznahme in der Schweiz abgeschreckt. Selbstredend ist dies schädlich für unsere Volkswirtschaft, unsere Arbeitsplätze und letztlich für unseren individuellen Wohlstand. Gegen diesen Angriff müssen wir uns wehren!

### Bumerang für den Mittelstand

Wenn man bedenkt, dass ein Prozent (!) der steuerpflichtigen Personen gut einen Viertel der Einkommenssteuern bezahlen, wird die Juso-Enteignungsinitiative zum Bumerang für Personen aus dem

Mittelstand. Sie werden die Schweiz nicht einfach verlassen können und müssen deshalb unter einer immer weiter steigenden Steuerlast leiden. Zudem verkennt die Juso, dass langfristig wiederkehrende Gewinn- und Vermögenssteuern ertragsreicher sind als eine einmalige Erbschaftsteuer.

Damit die Juso mit ihrem erneuten Angriff auf unseren Wohlstand wie bereits 2015 mit der Erbschaftsteuerinitiative (71 Prozent Nein) und 2021 mit der 99%-Initiative (65 Prozent Nein) hochkant scheitert, müssen wir jetzt aktiv werden.

Tragen Sie sich jetzt ins Komitee ein und engagieren Sie sich mit uns gegen die Enteignungsinitiative. Vielen Dank für Ihre Unterstützung! [www.fdp.ch/abstimmungen/juso-initiative](http://www.fdp.ch/abstimmungen/juso-initiative)



**Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und Vizepräsident FDP. Die Liberalen Schweiz**

Mit ihrer «Initiative für eine Zukunft» fordern die Jungsozialisten eine nationale Erbschaftsteuer von 50 Prozent auf Nachlässe über einem Freibetrag von 50 Millionen Franken.

Leidtragende wären traditionelle Schweizer Familienunternehmen. Um die hohen Steuerbeiträge zu begleichen, müssten Firmen verkauft oder liquidiert werden.

Die Juso zerstört mit ihrer Initiative einen Grundpfeiler der Schweizer Wirtschaft und überlässt den Schaden dem Mittelstand. Deshalb sagen wir: **NEIN** zur zerstörerischen Juso-Initiative!

## Radikale Juso-Initiative zerstört Schweizer Familienunternehmen!



# Eine Investition in die Zukunft

Bei Axpo sind wir stolz darauf, jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes zu leisten. In den letzten 10 Jahren haben wir zwei Drittel der Investitionen in der Schweiz getätigt, damit wir auch in Zukunft jederzeit klimafreundlichen Strom für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen können.

The Power of Energy

